



## Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Martina Feh-  
ner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger,  
Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann SPD**

### **Aufklärung über die vorliegenden Vorwürfe über sexuelle Übergriffe an der Hochschule für Musik und Theater München**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst unverzüglich einen umfassenden Bericht über die vorliegenden Vorwürfe und die Hintergründe der aktuellen Presseberichterstattung über sexuelle Übergriffe an der Hochschule für Musik und Theater München vorzulegen.

Ebenso ist darzustellen, welche Maßnahmen bisher ergriffen wurden bzw. geplant sind, um die Studierenden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschule vor sexueller Belästigung und Gewalt zu schützen und in welcher Form die Studierenden an den Planungen der Maßnahmen beteiligt werden.

### **Begründung:**

Laut einem aktuellen Bericht des Spiegels vom 14.05.2018 ist das Ausmaß der Fälle von sexueller Belästigung und Gewalt an der Hochschule für Musik und Theater München weit größer als bisher in der Öffentlichkeit dargestellt. Bereits am Mai 2016 ist der ehemalige Präsident der Hochschule für Musik und Theater München wegen sexueller Nötigung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden und muss sich inzwischen wegen weiterer Vorwürfe der Nötigung und der Vergewaltigung vor Gericht verantworten. Ein weiterer Dozent wurde im Juli 2016 von der Staatsanwaltschaft München wegen sexueller Nötigung und Vergewaltigung angeklagt.

Über diese bereits bekannten Vorwürfe hinaus ist jetzt eine interne an der Hochschule durchgeführte Umfrage, an der 800 Hochschulangehörige teilgenommen haben, veröffentlicht worden, die das dramatische Ausmaß der Vorkommnisse aufzeigt. Demnach sollen 115 Studierende während ihrer Zeit an der Münchner Musikhochschule „anzügliche Bemerkungen“ gehört haben, 34 Studenten gemeldet haben, „angegrapscht oder absichtlich berührt“ worden zu sein, 8 Studenten ausgesagt haben, dass sie zu sexuellen Handlungen gezwungen worden seien und eine Vergewaltigung soll verübt worden sein.

Das System der Abhängigkeit der Studierenden von ihren Lehrern und Lehrerinnen, das an einer Musikhochschule in besonderer Form herrscht, scheint bisher dazu geführt zu haben, dass sich nur die wenigsten der Betroffenen öffentlich geäußert haben. Für die Betroffenen müssen Möglichkeiten geschaffen werden, sich an eine neutrale Stelle zu wenden, wo ihnen Offenheit und Unterstützung gewährleistet wird.

Schutz vor sexueller Gewalt ist Pflichtaufgabe von Staat und Gesellschaft. Die Studierenden sind darauf angewiesen, dass sie ohne Bedrohung ihr Studium an der Hochschule absolvieren können. Ein transparenter Umgang der Hochschule mit den aktuellen Vorwürfen ist dafür eine zentrale Voraussetzung.